

PROTOKOLL

18. Sitzung des Ausschusses für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und
Liegenschaftsangelegenheiten am Freitag, 9. Juni 2023,
Rathaus, Ratssaal

Beginn 14.00 Uhr
Ende 15.01 Uhr

- Die Sitzung fand in hybrider Form statt -

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Hellmann	(CDU)	
Ratsherr Rosenzweig	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Albrecht	(CDU)	
Ratsvorsitzende Engelhardt	(Bündnis 90/Die Grünen)	per Videokonferenz
Ratsherr Homann	(SPD)	
Ratsfrau Kaczmarek	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Kahmann	(CDU)	
Ratsfrau Kleindienst	(SPD)	
Beigeordneter Dr. Menge	(SPD)	
Ratsherr Spiegelhauer	(SPD)	
Ratsherr Steiner	(Bündnis 90/Die Grünen)	

Beratende Mitglieder:

Frau Butych	
Herr Karst	per Videokonferenz
(Frau Keller)	
(Herr Köhler)	
(Herr Kues)	

Grundmandat:

(Ratsherr Döring)	(FDP)
Ratsherr Keller	(AfD)
Ratsherr Machentanz	(DIE LINKE.)
(Ratsfrau Zahl)	(Die PARTEI & Volt)

Verwaltung:

Stadträtin Ritschel	(Dez. V)	
Herr Brockmann	(Dez. V)	
Herr Peters	(OE 23)	
Frau Zingsheim	(OE 23.3)	
Herr Müller	(OE 23.32)	
Frau Munzke	(OE 82))	per Videokonferenz
Frau Schiller	(OE 23.021)	
Herr Bartels	(OE 23.022)	

Gäste:

Herr Wolf	(Leibniz Universität Hannover)
Herr Neumann	(Leibniz Universität Hannover)
Herr Bührig	(Leibniz Universität Hannover)
Frau Schirmbeck	(Leibniz Universität Hannover)

Tagesordnung:**I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung des AWL am 12.05.2023 - öffentlicher Teil
3. Energiestandards der Landeshauptstadt Hannover für das Bauen im kommunalen Einflussbereich
(Drucks. Nr. 1062/2023 mit 1 Anlage)
4. Verkauf des Grundstücks "Pascalstraße"
(Informationsdrucks. Nr. 1217/2023 mit 1 Anlage)
5. Beendigung des Förderprogramms "Hannover-Kinder-Bauland-Bonus" und Aufhebung des EinFamilienHaus-Büros
(Drucks. Nr. 1269/2023)
6. **A N T R Ä G E**
- 6.1. Antrag der CDU-Fraktion: Pop-up-Store der IHK und Handwerkskammer Hannover in der City – „Informieren und Ausprobieren“ für mehr Azubis
(Drucks. Nr. 0745/2023)
- 6.2. Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Sicherung des Erwerbs und Erhalts städtischen Grundvermögens
(Drucks. Nr. 1007/2023)
7. Bericht der Dezernentin - öffentlicher Teil
8. Anfragen und Mitteilungen - öffentlicher Teil

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L**TOP 1.****Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender Ratsherr Hellmann eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wies er (Sprecher) noch einmal auf die bereits bekannte Erklärung zu Datenschutz und Vertraulichkeit hinsichtlich der Teilnahme per Videokonferenz hin.

Zur Tagesordnung erklärte **Ratsherr Steiner**, dass der Punkt 6.1. aufgrund weiteren Beratungsbedarfs erneut in die Fraktionen gezogen werden solle.

Vorsitzender Ratsherr Hellmann wies darauf hin, dass dafür ein Beschluss notwendig werde.

Nach einstimmigem Beschluss, ein erneutes Ziehen in die Fraktionen zuzulassen, auf Wunsch von Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen.

Ratsherr Albrecht zog die Tagesordnungspunkte 3. und 5. in die Fraktionen.

TOP 2.

Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung des AWL am 12.05.2023 - öffentlicher Teil

Ohne Aussprache bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 3.

Energiestandards der Landeshauptstadt Hannover für das Bauen im kommunalen Einflussbereich (Drucks. Nr. 1062/2023 mit 1 Anlage)

Ohne Aussprache auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen.

TOP 4.

Verkauf des Grundstücks "Pascalstraße" (Informationsdrucksache Nr. 1217/2023 mit 1 Anlage)

Vorsitzender Ratsherr Hellmann begrüßte die Gäste der Leibniz Universität Hannover und übergab für eine Präsentation das Wort an **Herrn Wolf, Herrn Neumann, Herrn Bührig und Frau Schirmbeck**.

Hierzu wird auf die mit dem Ergebnisprotokoll versandte **Anlage 1** verwiesen.

Ratsherr Spiegelhauer bedankte sich für den Vortrag zu diesem besonderen und wichtigen Forschungsbau, der künftig in der Science Area im Wissenschaftspark entstehe. Nach Einschätzung der SPD-Fraktion handele es sich um ein immens wichtiges Projekt für den Wissenschafts-, Forschungs- und Universitätsstandort Hannover, das einen längeren Vorlauf gehabt habe, sich jetzt aber in der Konkretisierung befinde.

Umso wichtiger sei es, dass jetzt die nächsten Schritte gegangen würden und die bauliche Umsetzung komme. Der Ansatz, dort die fachübergreifende Disziplin der optischen Wissenschaften unterzubringen, stelle einen ganz wesentlichen Mehrwert dar - für die gesamte Forschungsregion Hannover und auch Niedersachsens, aber auch für die Science Area, vor allem im Hinblick auf Neugründungen.

Die Nähe zum Laserzentrum und zum Forschungscampus Garbsen sei ein erheblicher Gewinn, der diesen gesamten Bereich sehr deutlich aufwerten werde. Als Baubeginn sei der Herbst dieses Jahres genannt worden, so dass davon ausgegangen werde, dass die bau- und stadtplanungsrechtlichen Fragen geklärt seien. Es würden die Fragen gestellt, welche baulichen Schritte nun geplant seien und ob durch denkmalschutzrechtliche Aspekte oder eine Kontaminationsproblematik auf dem Gelände des ehemaligen KZ Stöcken bzw. des ehemaligen Varta-Geländes weitere Verzögerungen zu erwarten seien.

Herr Wolf erklärte, dass es zwar Verzögerungen gegeben habe, diese aber weitestgehend abgeschlossen seien. Bei den Überresten der Baracken der Zwangsarbeiter kämen die Denkmalpflege und die Archäologen mit ihrer Arbeit gut voran.

Der Beginn im Herbst sei dringend notwendig, da der Bund vorgegeben habe, dass ein Forschungsbau innerhalb von fünf Jahren ab Zustimmung fertiggestellt und bezugsfertig sein müsse, in diesem Fall bis 31.12.2026 – anschließend stehe noch ein Jahr für die Abrechnung zur Verfügung.

Das Baufeld sei vorbereitet, die Rodungen hätten stattgefunden und die denkmalpflegerische Aufarbeitung laufe derzeit noch. Anschließend werde der kontaminierte Bodenaushub entsorgt. Dabei werde mit der Stadt hervorragend Hand in Hand gearbeitet.

Danach werde eine dicke Sohle gegossen, da viel Erschütterungsfreiheit gegeben sein müsse. Es handele sich um einen Betonbau, was ökologisch nicht mehr so ganz en vogue sei, es aber keine ernstzunehmenden Alternativen gegeben habe. Umplanungen seien aufgrund der engen zeitlichen Grenzen indiskutabel gewesen. Die Bauweise sei relativ klassisch mit viel Technik und vielen, sehr unterschiedlichen Laboren.

Da es sich laut Statuten des Bundes um einen Forschungsbau handle, dürfe auch nur Forschung stattfinden und keine Lehre. Das bedeute, dass es keine Hörsäle und Seminare geben werde. Aus diesem Grund werde gespannt darauf gewartet, den zweiten Bauabschnitt realisieren zu können, um in absehbarer Zeit dort Lehreinheiten, Hörsäle, Praktikumsgebäude, studentische Arbeitsflächen und vielleicht auch eine Mensa zu errichten. Junge Leute sollten dazu ermutigt werden, im Anschluss an ihr Studium Firmen zu gründen, die sehr eng mit ihrer Forschung verbunden seien.

Auf dem Gelände gebe es beispielsweise eine Fläche, die gerade für Ausgründungen aus dem Optimum ganz hervorragend für einen optischen Campus geeignet sei, der dann nicht nur wissenschaftliche und studentische Arbeitsflächen vorsehen würde, sondern eben auch Firmen die Möglichkeit bieten könnte, sich dort anzusiedeln und eine Strahlkraft für die Region zu entwickeln.

Ratsherr Albrecht betonte, dass die Platzierung des Opticums hier in Hannover hervorragend für den Wissenschaftsstandort Hannover und auch für die gesamte Region sei. Und dass der Bereich Laser in Hannover schon Herausragendes geleistet habe, sei auf der letzten Hannover-Messe in beeindruckender Weise vermittelt worden. Aus diesem Grunde werde sich sehr darüber gefreut, dass das Ganze nicht nur verstetigt, sondern vergrößert und vielleicht einmal das Zentrum für Lasertechnik in Europa werde.

Zum einen werde gefragt, ob es hinsichtlich der Baugenehmigung noch Verzögerungen gebe und zum anderen, ob der Lichthof auf der Decke des Erdgeschosses eine entsprechende Höhe habe, um dort geeignete Anpflanzungen vornehmen zu können.

Herr Wolf erwiderte, dass im Lichthof eine Art Hochbeet vorgesehen sei, das tischhoch und erdgefüllt sein werde und eine anständige Bepflanzung ermögliche, die dann auch gärtnerisch gepflegt und begleitet werde. Es gehe um Aufenthaltsqualität für die Nutzerinnen und Nutzer und über die Raumbegrenzung durch die Gebäude gebe es eine gewisse Verschattung und Kühle durch Verdunstung.

Die Baugenehmigung liege noch nicht vor, es gebe lediglich eine Teilbaugenehmigung für den Tiefbau. Mit der Bauordnung habe alles soweit vorbesprochen werden können, aber leider sei der regelmäßige Sachbearbeiter für universitäre Gebäude derzeit ausgefallen.

Herr Peters bezog sich auf die Fragen von Ratsherrn Spiegelhauer zum Thema Archäologie und Altlasten. Der Projektstart habe die Verwaltung vor richtig große Herausforderungen gestellt, weil die Aufgabenstellungen aus der Archäologie im Vorfeld nicht bekannt gewesen und noch Artenschutzthemen hinzugekommen seien. Die Verwaltung habe gemeinsam mit dem Fachbereich Tiefbau, der Stadtentwässerung und der Universität vom üblichen Verfahren abweichende Wege gefunden, um die Themen bearbeiten zu können.

Das gehe sogar so weit, dass die Bagger mit WLAN-fähigen Kameras ausgestattet würden, damit die Archäologinnen und Archäologen die Bagger steuern könnten. Wenn dann tatsächlich etwas gefunden werde, könnten dann - wegen der Altlasten in Schutzanzügen - die Fundamente mit dem Pinsel freigelegt werden.

Auch das Thema Bauleitung werde gemeinsam mit der Universität realisiert, so dass der Part Baudurchführung und Bauleitung einheitlich passieren könne, um möglichst effizient arbeiten zu können. Die Zusammenarbeit funktioniere an der Stelle hervorragend und trotz aller Herausforderungen seien sich alle Beteiligten sicher, bis September alles Notwendige umsetzen zu können.

Ratsherr Rosenzweig warf die Frage auf, wie es funktionieren könne, dass in absehbarer Zeit eine Baugenehmigung vorliegen werde, aber bis jetzt noch kein Grundstück vorhanden sei, worauf **Herr Wolf** entgegnete, dass es überraschenderweise so sei, dass für jedes beliebige Grundstück eine Baugenehmigung eingereicht und auch erwirkt werden könne, ohne Eigentümerin/Eigentümer des Grundstücks zu sein. Es handele sich um ein Restrisiko desjenigen, der die Planung beauftragt habe.

Ratsvorsitzende Engelhardt bat um Mitteilung, ob es richtig verstanden worden sei, dass es sich um einen Forschungsbau in standardisierter Betonbauweise handle, was ökologisch nicht unbedingt en vogue, aber aufgrund der langen Planungszeit nicht anders möglich gewesen sei. Es werde gefragt, ob berücksichtigt worden sei, dass es inzwischen Zemente mit einem sehr guten CO₂-Footprint gebe.

Herr Wolf vermutete, dass eher von Standardbeton ausgegangen worden sei und das Energiesparen im Betrieb und die Frage im Vordergrund gestanden hätten, wie viel stromerzeugende PV-Anlagen auf dem Dach installiert werden könnten. Es werde aber gerne nachgehakt, welche Mehrkosten entstünden, wenn CO₂-ärmer produzierter Zement verwendet würde. Es sei aber zu befürchten, dass es hinsichtlich der finanziellen Mittel zu Schwierigkeiten kommen könne, da es dabei um Bauweisen gehe, die beim Land bisher zumindest noch nicht als Standard hinterlegt seien.

Ratsvorsitzende Engelhardt begrüßte eine entsprechende Nachfrage und wies darauf hin, dass die Preise für Zemente mit einem guten CO₂-Footprint nicht unbedingt höher als die herkömmlichen Zemente seien, da diese immer weniger nachgefragt würden.

Zur Kenntnis genommen.

TOP 5.

**Beendigung des Förderprogramms "Hannover-Kinder-Bauland-Bonus" und
Aufhebung des EinFamilienHaus-Büros
(Drucks. Nr. 1269/2023)**

Ohne Aussprache auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen.

TOP 6.

A N T R Ä G E

TOP 6.1.

**Antrag der CDU-Fraktion: Pop-up-Store der IHK und Handwerkskammer Hannover in
der City – „Informieren und Ausprobieren“ für mehr Azubis
(Drucks. Nr. 0745/2023)**

Nach einstimmigem Beschluss, ein erneutes Ziehen in die Fraktionen zuzulassen, auf Wunsch von Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen.

TOP 6.2.

Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Sicherung des Erwerbs und Erhalts städtischen Grundvermögens (Drucks. Nr. 1007/2023)

Ratsherr Steiner erinnerte daran, dass der Antrag beim letzten Mal auf Betreiben der FDP in die Fraktion gezogen worden sei, weil es Nachfragen im Finanzausschuss gegeben habe. Da keine Mitteilungen der FDP eingegangen seien und die FDP heute nicht anwesend sei, gebe es aus seiner Sicht (Sprecher) keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Ratsherr Machentanz bezeichnete den Antrag als zustimmungsfähig.

Ratsherr Albrecht hielt es für gut, Gespräche zu führen, allerdings sei die Aufnahme von weiteren Krediten etwas gewagt. Eine Flächenbevorratung für die Stadt, insbesondere auch für den Bereich Gewerbeflächen, werde unbedingt benötigt, so dass die Richtung stimme, allerdings müsse bei der Frage zusätzlicher Schulden und deren Höhe im Detail geprüft und abgewartet werden, welche Ergebnisse die Gespräche brächten.

Ratsherr Steiner betonte, dass es nur darum gehe, dass gerade auch in Zeiten einer angespannten Haushaltslage eine Kommune nicht in die Tendenz gerate, im Zweifelsfall Flächen zu verkaufen, um daraus beispielsweise Investitionen tätigen zu können. In diese Richtung solle der Antrag gehen - er zielen nicht darauf ab, jetzt exzessiv mehr Kredite aufzunehmen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 7.

Bericht der Dezernentin - öffentlicher Teil

Stadträtin Ritschel berichtete über die Real Estate Arena und führte aus, dass es der zweite Aufschlag dieser Immobilienmesse nach der Premiere im letzten Jahr gewesen sei. Damals seien alle Beteiligten schon sehr angetan gewesen, aber natürlich habe die Frage im Raum gestanden, ob der Erfolg fortgeschrieben werden könne. Diese Frage könne klar mit einem Ja beantwortet werden, da es mehr Ausstellende gegeben habe und auch mehr Besucherinnen und Besucher wahrgenommen worden seien. Es habe einen angeregten und konstruktiven Austausch und viele Veranstaltungsformate gegeben, die durchweg gut besucht gewesen seien.

Es sei der Eindruck gewonnen worden, dass es eine Messe sei, die Hannover guttue, aber die auch eine echte Funktion über Hannover hinaus habe. Insofern seien alle Beteiligten sehr zufrieden gewesen und es werde darauf gesetzt, das auch im dritten Jahr so fortzuführen und zu etablieren.

Im Vorfeld sei überlegt worden, wie die Messe im positiven Sinne genutzt werden könne und dazu habe der Fachbereich Wirtschaft zusammen mit den Partnerinnen und Partnern eine Fachtagung organisiert, die am Nachmittag vor den beiden Messetagen stattgefunden habe. Auch das sei ein Versuchsballon gewesen, der sehr gut funktioniert habe. Es seien über 200 Teilnehmende bei dieser Fachveranstaltung gewesen, die sich sehr stark auf die Themen Gewerbeflächen, Flächenmangel, aber auch Revitalisierung konzentriert hätten, was einen guten Austausch nach sich gezogen habe.

Das Ganze solle fortgesetzt werden und es sei vorstellbar, dass die Messe zukünftig auch klare Akzente in der Stadtentwicklung habe. Zusätzlich gebe es noch zu berichten, dass auf der Messe auch der Brownfield Award 2023 vergeben worden sei, also sozusagen eine weitere Fachveranstaltung, bei der es um das Thema Immobilien gehe. Es habe ein kompaktes und spannendes Programm gegeben und zusammenfassend könne gesagt werden, dass die Real Estate Arena Strahlkraft für Hannover und über die Region hinaus habe und das Potenzial besitze, sich zu einer richtig guten Messe zu etablieren.

Anschließend berichtete **Herr Peters** ergänzend über die Real Estate Arena. Hierzu wird auf die mit dem Ergebnisprotokoll versandte Anlage 2 verwiesen.

Stadträtin Ritschel erinnerte im Anschluss an eine Initiative, die in der letzten Weihnachtszeit ins Leben gerufen worden sei, um den lokalen Handel zu stärken. Es sei gut und richtig, dass, wenn es lebendige Innenstädte und Quartiere mit Geschäften geben solle, dort auch eingekauft werden müsse. Insofern sei die Anzeigenkampagne für den lokalen Handel fortgeführt worden – das Plakat werde gerade digital an die Wand geworfen.

Der Presseauftakt sei bewusst mit Vertreterinnen und Vertretern zweier Standortgemeinschaften durchgeführt worden, um deutlich zu machen, dass der Fokus nicht nur auf der Innenstadt, sondern auch auf den Stadtquartieren liege. Das Thema werde kontinuierlich über Social Media, Anzeigen sowie andere Kanäle bespielt und die Botschaft dahinter sei, dass an dem Thema drangeblieben und es ins Bewusstsein gerückt werden müsse - jeder Euro, der in Hannover bleibe, stärke die Stadt und mache sie ein bisschen lebenswerter.

Der zweite Punkt betreffe die Aktion „Fahrradfreundliche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber 2023“, die als Wettbewerb 2009 von der Landeshauptstadt Hannover gemeinsam dem ADFC entwickelt worden sei und sich bewusst an Betriebe wende, um die betriebliche Mobilität in den Vordergrund zu stellen und Anreize für die Mitarbeitenden zu schaffen, das Fahrrad zu nutzen.

2013 habe sich die Region mit angeschlossen und seitdem gebe es eine Gemeinschaftsaktion, die jetzt zehnjähriges Jubiläum der Kooperation zwischen Region Hannover und Landeshauptstadt Hannover feiere. Die Bewerbungsfrist gehe noch bis zum 31.08.2023 und die wesentlichen Informationen seien im Internet abrufbar.

Zusätzlich werde es am 04.07.2023 gemeinsam mit B.A.U.M. e.V. eine Art Workshop für die Unternehmen geben, die in das Themenfeld einsteigen und irgendwann fahrradfreundliche Arbeitgeberin bzw. Arbeitgeber werden wollten.

Beigeordneter Dr. Menge stellte die Frage, ob sich die Aktion nur auf den Kern der Stadt Hannover beschränke oder den gesamten Konzern bzw. die städtischen Beteiligungen einbeziehe, worauf **Stadträtin Ritschel** erwiderte, dass der Wettbewerb für die gesamte Region und für jedes Unternehmen ausgerufen worden sei. Inwieweit es tatsächlich bereits stadtinterne Bewerbungen gegeben habe, sei nicht bekannt. Es könne heikel sein, wenn sich die Stadt selber zur Prämierung anpreise.

Die Stadt habe inzwischen schon über 160 Dienstfahräder und 13 Lastenfahräder im Betrieb und baue das Kontingent nach und nach aus. Auch das Thema Fahrradkeller und die Umsetzung bei schwierigen Immobilien stehe im Fokus. Ebenfalls engagiert habe sich der Gesamtpersonalrat mit der Aktion „Wir fahren Rad“, um als gutes Beispiel voranzugehen und die Botschaft auch an die Wirtschaft zu geben.

Zur Kenntnis genommen.

TOP 8.

Anfragen und Mitteilungen - öffentlicher Teil

Ratsherr Albrecht bezog sich auf die Drucksache 1068/2023, in der es um die Beherbergungssteuer gehe, und fragte, warum sie nur für den Finanzausschuss, nicht aber für den Wirtschaftsausschuss ausgezeichnet sei, da es sich auch um ein wirtschaftspolitisches und nicht nur um ein finanzpolitisches Thema handele.

Stadträtin Ritschel erklärte, dass es in erster Linie um eine steuerliche bzw. eine Gebührenangelegenheit gehe und die Vorlage vom Finanzdezernat erstellt worden sei. Wenn der Wunsch bestehe, müsste entsprechend so nachgearbeitet werden, dass die Drucksache auch in den AWL gegeben werde. Es sei das Ziel gewesen, den Ratsbeschluss noch vor der Sommerpause herbeizuführen, damit die Hotels und Gastronomiebetriebe ausreichend Zeit hätten, sich auf die neue Situation einzustellen.

Es werde dafür geworben, die Drucksache trotzdem in der Form zu behandeln, weil die Planungssicherheit für die Betriebe ein großes Plus bedeute und notwendig sei.

Beigeordneter Dr. Menge ergänzte, dass es der Wunsch der Branche sei, frühzeitig zu erfahren, in welche Richtung die Angelegenheit gehe. Daher werde sich der Anregung der Dezernentin angeschlossen, die Drucksache heute in der vorliegenden Form zu behandeln.

Im Verlauf der Ratssitzung bestehe selbstverständlich die Möglichkeit, Stellung zu nehmen oder Fragen zu stellen. Deswegen werde er sich als finanzpolitischer Sprecher dafür aussprechen, die Drucksache im Finanzausschuss zu belassen - nachrichtlich sei die Vorlage bereits an den AWL gegangen.

Stadträtin Ritschel fasste zusammen, dass der Hinweis durchaus berechtigt, das Problem an dieser Stelle aber nicht zu heilen sei, wenn das übergeordnete Ziel verfolgt werden solle. Somit könne, wie schon erwähnt, die Ratssitzung für weitere Diskussionen genutzt werden.

Zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Ratsherr Hellmann schloss die Sitzung um 15.01 Uhr.

gez. Ritschel

gez. Bartels